

## Antrag

der Abgeordneten Mag. Hofer-Gruber, Mag.<sup>a</sup> Collini und Mag.<sup>a</sup> Kollermann gemäß § 60 LGO 2001

zu TOP 14 Vorlage der Landesregierung betreffend Finanzierung Schienenpersonennah- und Regionalverkehrsleistungen der ÖBB ab Dezember 2019 in Niederösterreich

betreffend: "**Verkehrsstrategie für die niederösterreichische Umlandgemeinden rund um Wien**"

Gemäß einer Erhebung der Planungsgemeinschaft Ost aus dem Jahre 2014 pendeln täglich 188.000 Menschen aus Niederösterreich nach Wien. 74% der Verkehrsmenge aller Einfahrtskorridore nach Wien werden derzeit vom motorisierten Individualverkehr bestritten, **was in Stoßzeiten nicht nur zu Überlastungen der bestehenden Straßeninfrastruktur in und um Wien führt, sondern auch zu erhöhten Schadstoffbelastungen, die Mensch und Umwelt schaden.**

Ein Grund dafür ist, dass die Verwendung des öffentlichen Verkehrs für Pendler\_innen aus dem Wiener Umland **bis heute zu wenig attraktiv ist.** Während die unbegrenzte Verwendung aller öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb der Kernzone Wien pro Jahr 365€ kostet, ist eine VOR-Jahreskarte, die nur für die Strecke zwischen der Heimatgemeinde und der Kernzone Wien gültig ist, in vielen Fällen fast genauso teuer.

Schon jetzt konstituieren sich in manchen Wiener Umlandgemeinden Bürgerinitiativen, die eine Ausdehnung der Kernzone Wien fordern. Sie weisen zu Recht auf den **grenzüberschreitenden Planungsbedarf von Verkehrslösungen** hin, die sich durch die Pull-Effekte einer Großstadt wie Wien ergeben. Die Verbesserung der öffentlichen Mobilität zwischen Metropole und Umland kann sich positiv auf die Umwelt und die Straßeninfrastruktur auswirken und zudem zur finanziellen Entlastung der Bewohner\_innen des so genannten „Speckgürtels“ beitragen. Als Teilgesellschaftlerin des Verkehrsverbundes Ostregion kommt dem Land Niederösterreich bei einschlägigen verkehrspolitischen Initiativen eine besondere Bedeutung zu.

Die Gefertigten stellen daher den

**Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, die notwendigen Schritte zu setzen, um dem niederösterreichischen Landtag eine umfassende Verkehrsstrategie für die Wiener Umlandgemeinden vorzulegen.“

Mag. Hofer-Gruber

Mag.<sup>a</sup> Collini

Mag.<sup>a</sup> Kollermann